

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 35941
Für die Redaktion: Nr. 20011
Schreibleitung u. Druckverwalter:
Dresden - K. L. Reichenstraße 28/29

Bezugsgebühr bei halbjährlicher Bestellung monatlich 2,40 RM. (einschließlich 20 Pfg. für
Zugabe), bei vierteljährlicher 3,60 RM., einschließlich 30 Pfg. Zugabe für ohne Postzusatzgebühren
bei 7mal wöchentlichem Erscheinen. Einzelnummer 10 Pfg., außerorts 15 Pfg. Anzeigen-
preise: Die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und
Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerorts 20 Pfg., bis 30 mm breite Zeile 200 Pfg.,
außerorts 250 Pfg. Offertengebühr 20 Pfg. Zuständige Redaktionen gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Meylich & Reichardt,
Dresden, Postfach 10, 1048 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unberichtigte
Schreibweise werden nicht anbetrieben

Der Ausbau der Notverordnungen

Arbeitspläne des Reichskabinetts

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. Sept. Das Reichskabinett wird sich in der nächsten Woche mit den Gesetzentwürfen befassen, die zum Ausbau der vom Reichspräsidenten erlassenen Notverordnung erforderlich sind und die sich zur Zeit in Vorbereitung befinden. Ein bestimmter Termin für diese Kabinettsitzung steht noch nicht fest. Wahrscheinlich wird das Kabinett am Anfang der kommenden Woche zusammentreten. In den amtlichen Stellen erklärt man lediglich, daß das Reichskabinett die in Betracht kommenden Vorlagen auf jeden Fall einige Zeit vor dem Zusammentritt des Reichstages zur Verabschiedung bringen werde, damit die Parteien noch vor dem Reichstagsabgange Gelegenheit haben, ihre Stellungnahme zu diesen Gesetzen festzulegen.

Nach der Kabinettsitzung will, nach Verlautbarungen, der Reichskanzler die erforderlichen Verhandlungen mit den Parteiführern aufnehmen.

Bei den in Frage stehenden Entwürfen handelt es sich vorwiegend um die neuen Finanzvorlagen. An Aufgaben von größerer Tragweite dürfte das Kabinett erst herantreten, wenn die parlamentarische Situation geklärt ist. Das gilt namentlich auch für das Gebiet der Reichsreform. Die Ergebnisse der Beratungen der Länderkonferenz werden zwar auch vom Reichskabinett bearbeitet werden, zu einer Beschlußfassung dürfte man sich jedoch nicht so leicht bereithalten, da es sich hier um

Gesetze von verfassungsänderndem Charakter

handelt, die im Parlament zu ihrer Annahme der Zweidrittelmehrheit bedürfen. Die Frage aber, ob es der Taktik des Reichskanzlers Brünning gelingen wird, im Parlament auch nur eine einfache, geschweige denn eine Zweidrittelmehrheit für die Arbeit des Kabinetts zusammenzubringen, ist zunächst nur dahin zu beantworten, daß die Aussichten Dr. Brünning bei einer Weiterverfolgung des bisher eingeschlagenen Weges denkbar ungünstig sind. Nun war

in einigen Blättern angedeutet worden, daß Dr. Brünning daran dachte, iogannente Maßnahmen vorzulegen,

die es ihm ermöglichen, das Parlament lediglich über die Grundzüge von gesetzlichen Vorlagen entscheiden zu lassen, während die Regierung in den Grenzen bestimmter Richtlinien für alle Einzelheiten freie Hand hätte. Dazu ist nach den Versicherungen, die man von Seiten der Reichskanzlei erhalten kann, festzustellen, daß es sich hierbei bloß um Kombinationen handelt, denen das Reichskabinett selbst völlig fern steht. Einen solchen Ausweg zu beschreiten, hätte auch schon deswegen keinen Sinn, weil opponierende Parteien jederzeit die Möglichkeit hätten, den Staatsobersten Hof um eine Entscheidung darüber anzugehen, ob ein solches Rahmengesetz nicht eine verkappte Ermächtigung darstelle und nach der Reichsverfassung mit Zweidrittelmehrheit anzunehmen sei. Also auch solche plötzliche erfindende Möglichkeiten eines Ausweges entbehren die Regierung nicht der Notwendigkeit, klare Entscheidungen zu treffen. Das fällt aber dem Kabinett offenbar nicht leicht, aber man sieht wohl auch in Regierungskreisen jetzt mehr und mehr ein, daß mit einer lediglich passiven Haltung die Schlachten, die das Kabinett zu schlagen hat, nicht gewonnen werden können. Die öffentliche Debatte darüber, welche Regierungs-koalition sich als die vorteilhaftere erweisen würde, nimmt ihren Fortgang. Neue Gesichtspunkte sind allerdings kaum noch zu entwickeln, und die These, daß Dr. Brünning mit einer Rechtskoalition am besten fahren würde, können die Verfechter der Antithese nicht erschüttern. Auch

der Feldzug gegen die Nationalsozialisten wird munter fortgesetzt. Man veröffentlicht gleich eine neue Serie von Tollheiten, die in die Praxis umzusetzen

die Nationalsozialisten die angebliche Absicht haben sollen. Die um Auskunft angegangenen amtlichen Stellen erklären dazu aber, daß diese Wachsamkeit Gefahren gelte, die auch mit bewaffnetem Auge noch nicht zu erkennen seien.

Liebevolle Aufmerksamkeit widmet man auch der Frage, wie sich denn nun das Verhältnis zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten gestalten würde. Das Zentrumsorgan, die „Germania“, hat entdeckt, daß, wenn eine Fraktionsgemeinschaft zwischen diesen beiden Parteien zustande käme, dies eine Sache sei, die man nicht leicht nehmen könnte. Die „Germania“ hat herausgefunden, daß in gewissen Kreisen der Deutschnationalen Neigung besteht, mit den Nationalsozialisten in eine Fraktionsgemeinschaft einzutreten. Das hat den sehr durchsichtigen Zweck, die zusammengeschlossene Rechtsopposition zur stärksten Partei im Reichstag zu machen und sich des

Postens des Reichstagspräsidenten

zu bemächtigen, der ja bekanntlich dem Brauch nach der stärksten Fraktion entnommen zu werden pflegt. Der „Germania“ scheint es nicht recht zu passen, daß der Posten des Reichstagspräsidenten eventuell in die Hände der wirklichen Sieger der Wahlkampf gelangt, sie bedauert es offenbar, daß den Unterlegenen des Wahlkampfes, zu denen doch ohne jeden Zweifel die Sozialdemokratie gehört, dann die Macht über das Parlament entzogen würde.

Aber die „Germania“ mag sich beruhigen. Ganz so weit sind die Dinge noch nicht. Man wird auch bei denen, die keine Freunde der Nationalsozialisten sind, gut tun, ruhig abzuwarten, wie sich das Verhältnis zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten gestalten wird. Schließlich ist das ja in erster Linie eine Angelegenheit der beiden beteiligten Parteien, und diese werden sich durch Manöver von dritter Seite in ihren Entscheidungen nicht betreffen lassen.

Eine deutschnationale Erklärung

Berlin, 19. Sept. Wie die deutschnationale Pressestelle mitteilt, sind alle Kombinationen und Zweckerörterungen über die bevorstehende parlamentarische Entwicklung auf Grund des Wahlergebnisses, soweit sie die Deutschnationale Volkspartei betreffen, frei erfunden. Von deutschnationaler Seite sei bisher noch in keiner Weise zu der durch die Wahlen geschaffenen parlamentarischen Lage Stellung genommen worden. Infolgedessen konnten auch noch keinerlei Beschlüsse gefaßt und Verhandlungen aufgenommen werden.

Kursstürze an den Börsen

Berlin, 19. Sept. Die hartnäckig verbreiteten Gerüchte über einen bevorstehenden Putsch haben ihren Weg auch nach Kopenhagen gefunden. Sie führten an der Börse zu scharfen Kursrückgängen. Reparationsbonds fielen von 84,375 auf 81,875 Punkte.

Auch an der Londoner Börse fielen die 5 %igen deutschen Reparationsbonds um 2 Punkte auf 80%.

Agitationsanträge der kommunistischen Reichstagsfraktion

Berlin, 19. Sept. Das Zentralkomitee der KPD hat die neugewählte kommunistische Reichstagsfraktion beauftragt, einen Antrag auf Einstellung der gesamten Youngsachlungen einzubringen. Die kommunistische Reichstagsfraktion wird ferner dem neuen Reichstag ein „umfassendes Sparprogramm“ vorlegen, das Anträge auf Streichung bei den Ausgaben für Reichswehr, Polizei, Justiz, bei den Gehältern der Minister und oberen Beamten usw. vorsieht.

Mussolini über das Ergebnis des 14. September

„Die stürmische nationale Wiedererhebung Deutschlands interessiert uns“

Rom, 19. Sept. Das Beschlusblatt der faschistischen Partei enthält eine außerordentlich beachtliche Stellungnahme zu den deutschen Wahlergebnissen. Der Verfasser ist ohne Zweifel Mussolini selbst. In dieser Stellungnahme heißt es u. a.:

Die Generationen des 20. Jahrhunderts sind bezaubert von nur zwei neuen politischen Systemen, die es in der Welt gibt: dem Faschismus und dem Bolschewismus. Die Alternative zeichnet sich immer deutlicher und dramatischer am Horizont ab. Die Wahlen des 14. September, die im Zeichen Hitler stattfanden, bekundeten dies. Deutschland ist im Begriff, sich zu entscheiden, und hat inzwischen sein erregtes Gesicht, aber gleichzeitig seinen tiefen, unbewegbaren Geist gezeigt. Gibt es noch jemand, der meint, er könne ihn auslösen? Gibt es noch jemand, der glaubt, daß der Youngsplan genau im Jahre 1938 ablaufen wird, und daß die Verträge auf Ewigkeit dauern werden? Die stürmische nationale Wiedererhebung Deutschlands interessiert uns. Die Annahme, die hier und dort besprochen wird, von einem kom-

munistischen Vorläufer, erschreckt uns nicht im geringsten. Das faschistische Italien greift nicht vor und gibt sich keinen Illusionen hin. Es bereitet sich vor.

In politischen Kreisen werden diese Äußerungen Mussolinis als Beweis dafür angesehen, daß die italienisch-französischen Verhandlungen sehr schlecht stehen müssen.

Eine politische Mission Parellis?

Rom, 19. Sept. Die römische Agentur „Italia D'Oggi“ (Italien von heute) will aus vatikanischen Kreisen erfahren haben, daß die gemeldete Urlaubsreise des Kardinalstaatssekretärs Parelli in die Schweiz einen politischen Zweck habe, und zwar sei es nicht ausgeschlossen, daß Parelli in Nordrach oder in St. Gallen zu einer Unterredung mit deutschen Politikern zusammentreten werde.

Der Reichspräsident wieder in Berlin. Der Reichspräsident ist Freitag abend aus dem Wandbergelände wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Im Hintergrund der Generalstabschef

Seit Mittwoch ist Panuropa eingestuft und begraben, oder, wie es in der weniger rauhen, dafür auch undeutlicheren Genfer Diplomatenprache heißt: Der Plan ist einem Sonderauschuss überwiesen worden, für dessen Einberufung bisher noch kein Zeitpunkt festgesetzt wurde. Dieses Schicksal stand bereits fest, bevor die Vollversammlung des Völkerbundes zusammentrat. Als Briand, bei dessen früheren Reden eine Welt aufgehört, in Genf für Panuropa sprach, interessierte das Thema längst keinen Menschen mehr, und der französische Außenminister verließ die Tribüne unter schwächstem Beifall eines gelangweilten Hauses. Es mußte ja jeder im Saal, was sich hinter dem hochtönenden Vorschlag verbarg: nichts anderes als die Absicht, eine weitere Sicherung auf vertraglichem Wege für die unhaltbaren Grenzen des Versailler Diktats zu schaffen, eine Sicherung, die gesalbt worden wäre mit dem Oele europäischer Solidarität und Brüderlichkeit.

Die Völkerbundsversammlung machte Briand einen Strich durch die Rechnung. Aber auf anderem Gebiete scheinen die Pläne Frankreichs von Erfolg gekrönt zu sein. Denn während der französische Außenminister vor der Versammlung die Rolle des biederen Europäers spielte, stand im Hintergrund Frankreichs Generalstabschef. Auch General Beggand baute an einem „Panuropa“, aber auf seine Art. Freilich lag ihm weniger daran, die Aufmerksamkeit der Welt zu erregen, denn unter gewissen Umständen ist Bekcheidenheit, wenn nicht eine Tugend, so doch ein Gebot der Klugheit. Deshalb verfolgte er dasselbe Ziel nicht weniger entschieden als Briand, nur auf anderen Wegen. Sein Wunsch war das militärische Panuropa, die Sicherung der Versailler Grenzen durch das Schwert. In Genf wurde darüber allerdings nichts gesagt; es paßte dort nicht zum Klima, nicht zur friedlichen Landschaft, und während man sich über die wirtschaftlichen Grundlagen Panuropas lang und breit unterhielt, wurden die militärischen kaum getreift. Nun werden aber in letzter Zeit Pläne der französischen Militärpolitik bekannt, die festeren Boden haben als alle schönen Reden in Genf. Aus ihnen scheint ein Panuropa hervorzugehen, das in der Politik der Tatsachen eine Rolle spielen wird. Diese Pläne zu beleuchten, ist besonders in Deutschland notwendig, wo pazifistisch-schönfärbliche Einflüsse, vom Geschichtsunterricht in den Schulen angefangen bis zu den Reden von Reichsministern, das wahre Gesicht der Völker zu verhallen bemüht sind.

Die neue französische Militärpolitik nahm ihren Anfang im Frühjahr 1919. Seitdem verfügt Frankreich über offizielle Militärmissionen in Polen und der Tschechoslowakei. Sie hatten, wie bekannt, zunächst die Aufgabe, die polnische und die tschechische Armee zu organisieren, wobei Ausbildung, Bewaffnung und Mobilisierungspläne nach französischem Muster geregelt wurden. Als dies Ziel erreicht war, wurden die Missionen zwar an Kopfzahl verringert. Beide Heere sollten aber mit Hilfe einer weitgehenden Durchsetzung mit französischen Offizieren der französischen Nachpolitik als zuverlässige Werkzeuge erhalten bleiben. Daher wirkten auch heute noch in jedem der beiden Länder 30 bis 40 französische Offiziere, in Polen unter dem General Demain, in der Tschechei unter General Foucher, die sich als Lehrer bei den verschiedenen Militärakademien und als Berater bei den Generalstäben und höheren Kommandobehörden befinden. Solche ständigen Militärmissionen besaß nun Frankreich bisher in Rumänien und Südslawien nicht. Fäden allerdings hatten die Generalstäbe lange hinüber und herüber gesponnen. So bestanden Abmachungen, denen zufolge Frankreich das Recht besaß, sich von Zeit zu Zeit über die Schlagfertigkeit beider Armeen zu unterrichten. Ferner wurde jährlich eine bestimmte Anzahl rumänischer und südslawischer Offiziere zu ihrer Ausbildung nach Frankreich kommandiert. In Südslawien muß jeder Generalstabschef mindestens ein Jahr lang in der französischen Armee Dienst getan haben und dort einem Regimentsstab ausgestellt gewesen sein. Daher befinden sich dauernd mindestens zwölf höhere südslawische Offiziere in Frankreich. Dazu kommt, daß Rumänien und Südslawien die Bewaffnung ihrer Truppen für mehrere Jahre den von Frankreich finanziell und organisatorisch abhängigen Skodawerken und den Fabriken von Schneider-Cresnot übertragen haben. Obendrein aber schloßen Rumänien, Südslawien und die Tschechei vor reichlich einem Jahre einen Militärvertrag ab, der die völlige Gleichartigkeit der drei Staaten in Bezug auf Militärausstattung, Ausbildung und Bewaffnung sicherte und als Schiedsrichter in Streitfällen den französischen Generalstab bestellte.

Doch das alles genügte Frankreich noch keineswegs. In demselben Augenblick, in dem Briand sein Memorandum in alle Welt hinausgeschickte, beschäftigte sich General Beggand damit, das Panuropa des Generalstabes zu vervollständigen, und schickte zu diesem Zweck französische Generale nach Polen und Rumänien. Während Briand in Genf die Friedensschalmei zu blasen begann, reiste der Marschall Franquet d'Espèrey in die Tschechoslowakei, und vor wenigen Tagen kam die Nachricht, der rumänische Generalstabschef Samsonovici fahre nach Belgrad, um dort mit seinem tschechischen und seinem südslawischen Kollegen militärische Verhandlungen zu pflegen. Zu welchem Zwecke? Nun, das